

Kinderrechte: Der Schweiz droht eine Rüge der Uno

Das grösste Problem ist die Unkenntnis der Kinderkonvention bei den Behörden

BERN Der Schweiz droht eine Rüge von der Uno. Der Grund: Obwohl sie die Kinderrechtskonvention schon vor 10 Jahren ratifiziert hat, trödeln die Behörden bei der Umsetzung.

Bereits vor fünf Jahren setzte es geharnischte Kritik vom Uno-Kinderrechtsausschuss. Mehr als 30 Punkte bemängelten die Experten: vom fehlenden Körperstrafe-Verbot bis zur mangelnden Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen im Strafvollzug.

Jetzt steht der nächste Bericht an und der nächste Tadel bevor. «Es hat sich erschreckend wenig getan», sagt Markus Mader, Geschäftsleitungsmitglied der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi und Vorsitzender des Netzwerks Kinderrechte Schweiz. «Die Schweiz

wird wieder gerügt werden.» Mader ortet Unwissenheit als Problem – sogar bei offiziellen Stellen wie Gerichten und Schulbehörden. «Bund und Kantone müssen ihr Personal schulen – selbst bei den Ämtern wissen viele Leute nicht, welche Rechte Kinder haben», erklärt er. So wird bei Scheidungsverfahren bloss jedes zehnte Kind befragt – ein klarer Verstoss gegen die Konvention.

Eine noch nicht veröffentlichte Umfrage des Hilfswerks Terre des Hommes zeigt, dass die Schweiz es tatsächlich versäumt hat, die Kinderrechte bei der Bevölkerung bekannt zu machen. Obwohl sie sich dazu verpflichtet hat. Von 3200 Befragten wussten nur 8,7 Prozent, was die Konvention beinhaltet. **ANDREA BLEICHER**

